

Achtundsechzig überall

Römerberggespräche zur Protestbewegung vor 50 Jahren

rieb. FRANKFURT. Achtundsechzig ist keineswegs aus dem Nichts gekommen. Die Protestbewegung war ein internationales Phänomen, das sich in nahezu allen westlichen Industriestaaten entwickelte und sich auch in einigen Ostblockstaaten verfolgen ließ, wie der Freiburger Historiker Ulrich Herbert gestern bei den Römerberggesprächen im Frankfurter Schauspielhaus zum Thema „1968 – 2018. What is left“ überzeugend darlegte.

Gemeinsam war allen Ländern laut Herbert ein Konflikt zwischen der Kriegs- und der nachwachsenden Generation. In politischer Hinsicht habe eine Enttäuschung über die Widersprüche zwischen den postulierten Werten Frieden, Gleichheit, Demokratie und der Alltagspraxis wie etwa der Rassensegregation in den Vereinigten Staaten oder dem Vietnam-Krieg bestanden. Zudem habe sich eine Subkultur herausgebildet, die neue Lebensformen herausgebildet und mit Rock und Flower-Power ihre kulturellen Ausdruck gefunden habe.

Bei aller Gemeinsamkeit mit der amerikanischen beziehungsweise internationalen Protestbewegung unterschied sich Herbert zufolge die Bewegung in der Bundesrepublik von denen anderer Länder durch ihren Bezug auf die NS-Vergangenheit. Die hiesigen Achtundsechziger

seien in einer Atmosphäre des peinlichen Schweigens über die Verstrickungen der Väter- und Großvätergeneration in den Nationalsozialismus aufgewachsen. Allerdings hätten sie im Zuge dieser Auseinandersetzungen den Begriff „Faschismus“ als Chiffre für nahezu alle kritisierten Elemente der westdeutschen Gegenwart verstanden.

Mit dem 2. Juni 1967, als bei einer Demonstration gegen den Besuch des Schahs von Persien der Student Benno Ohnesorg von einem Polizisten erschossen worden sei, habe sich alles geändert: „Die Demonstrationen wurden lauter, die Forderungen radikaler.“ Es sei gegen Bürokratie und Kapital gegangen, gegen Konsumterror und Vietnam-Krieg, gegen Entfremdung und Repression, gegen Faschismus und Springer-Verlag. Manch einer habe nun an eine revolutionäre Krise im Weltmaßstab geglaubt.

Herbert sprach von „überschießenden Reaktionen“. Bei einem nicht geringen Teil der akademischen Jugend sei eine Verachtung gegenüber Demokratie und Rechtsstaat entstanden, verbunden mit der Bewunderung monströser Diktaturen wie in China. Die Gleichung, wonach selbst die radikalsten Achtundsechziger letzten Endes die fortschreitende Liberalisierung der westdeutschen Gesellschaft befördern würden, gehe nicht auf.

Wissler vor Schalauske

Hessische Linke bestimmt Spitzen für die Landtagswahl

KASSEL (Ihe). Janine Wissler und Jan Schalauske werden die hessische Linke als Spitzenkandidaten in die Landtagswahl im Oktober führen. Rund 160 Vertreter der Kreisverbände wählten gestern auf einem Parteitag in Kassel die Fraktionschefin und den Parteichef auf Platz eins und zwei der Landesliste. Die 36 Jahre alte Wissler, die unlängst in Frankfurt als Kandidatin bei der Oberbürgermeisterwahl angetreten war, erhielt 84,5 Pro-

zent der Stimmen, der 37 Jahre alte Schalauske 89. Die beiden hatten keine Gegenkandidaten.

„Wir brauchen endlich wieder eine Politik für die vielen, nicht für die wenigen“, sagte Schalauske. Es müsse endlich wieder der Mensch und nicht der Markt im Mittelpunkt stehen. Der Politiker, der seit 2017 im Landtag sitzt, forderte den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und kritisierte die Rüstungsindustrie in Hessen, die unter anderem die Türkei beliefe. „Kampfpanzer zu Straßenbahnen, Militärfahrzeuge zu Elektrobussen“, forderte er. Armut müsse bekämpft, bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden, sagte Wissler, die seit 2008 Landtagsabgeordnete ist. Die Themen dürften nicht von Rechten vereinnahmt werden: „Wir lassen nicht zu, dass Hartz-IV-Bezieher gegen Flüchtlinge ausgespielt werden.“ Die geplante Reform des hessischen Verfassungsschutzgesetzes lehnte sie ab.

Wissler sprach sich zudem gegen das geplante Abschiebegefängnis in Darmstadt aus und lobte den Einsatz der Demonstranten, die in der Nacht zum Montag in Witzenhausen versucht hatten, die irrtümlich angeordnete und letztlich nicht durchgeführte Abschiebung eines syrischen Flüchtlings zu verhindern.



Von den Delegierten gestern mit 84,5 Prozent gewählt: Janine Wissler Foto: dpa

Heute Zugausfälle in Hessen

KARLSRUHE/MANNHEIM (dpa/lsw). Wegen des Streiks bei dem französischen Bahnbetreiber SNCF kommt es heute abermals zu Zugausfällen in Hessen. Wie die Deutsche Bahn mitteilte, fallen wie schon gestern zwei TGV-Hochgeschwindigkeitszüge zwischen Frankfurt am Main und dem französischen Marseille aus. Betroffen sind der Früh-TGV mit Start in Marseille um 8.05 Uhr und die Verbindung in der Gegenrichtung ab Frankfurt um 13.58 Uhr. Die Ausfälle treffen damit auch den Südwesten, denn die

Züge halten sonst auch in Karlsruhe, Mannheim und Baden-Baden. Bahnkunden können Tickets umbuchen oder sich erstatten lassen. Alle anderen Fernverbindungen zwischen Frankfurt, Stuttgart und Paris sollen planmäßig sein.

Die Beschäftigten des französischen Bahnbetreibers SNCF wehren sich schon seit Anfang April jede Woche gegen den geplanten Umbau des Unternehmens mit Streiks an zwei aufeinanderfolgenden Tagen. Ausstände sind auch für den 3. und 4. Mai angekündigt.



Foto: Michael Kretzer

Bühne frei für das Blühende

Tulpen und mehr: Die sechste hessische Landesgartenschau ist gestern im Bad Schwalbacher Kurpark eröffnet worden. „Keine Blümchenschau“ sei das, sagte Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU), sondern eine Chance für den Ort, sich neu zu erfinden. „Wir wollen, dass sich diese Stadt und die Region Rheingau-Taunus

so positiv entwickeln, dass sie zum Tourismus-Magneten werden“, sagte der parteilose Landrat Frank Kilian. Die Ausrichter der Schau im und um den Kurpark hoffen auf insgesamt mindestens 500 000 Besucher (bis Oktober, Veranstaltungsübersicht im Internet unter www.landesgartenschau.bad-schwalbach.de). lr.

„Wir sind keine Jamaikaner“

Vor der Landtagswahl: FDP Hessen hebt Eigenständigkeit hervor

ht. WETZLAR. „Wir sind keine Jamaikaner, wir sind die Freien Demokraten.“ Großen Applaus bekam Lucas Schwalbach, der Chef der Jungen Liberalen, als er gestern auf dem Landesparteitag der hessischen FDP in Wetzlar deren Eigenständigkeit betonte. Mit seinem Beitrag schaltete sich der Vertreter des Parteienwachstums in die Debatte über die Möglichkeit einer schwarz-grün-gelben Koalition ein. Sie ist im Landtag entstanden, weil die drei Parteien die Frage des Straßenbeitrags mit einem gemeinsamen Gesetzentwurf lösen wollen.

„Wer glaubt, dass er die FDP schon längst eingepackt hat, der liegt falsch“, rief Schwalbach. Gemeint war der hessische Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU). Ihn zitierte Parteichef Stefan Ruppert mit der Auskunft, dass ihm die Fortsetzung der Koalition mit den Grünen am liebsten sei, er aber notfalls auch die FDP dazunehme. So einfach sei die Sache nicht, meinte Ruppert. Er verglich die große Koalition im Bund mit der Landesregierung. In beiden Fällen meinten die Akteure, ein „weiter so“ reiche aus. Aber nicht nur in Berlin, „auch in Hessen muss sich etwas ändern“. Die Gesellschaft habe kein Vertrauen mehr „in die Leute an der Spitze“. Selbst in der wirtschaftlichen Elite sei die Verachtung der Politik verbreitet.

Ökonomische Fragen prägen weite Teile des Programms, das die rund 300 Delegierten verabschiedeten. Damit sei man „gut gerüstet für die Koalitionsver-

ANZEIGE

Building a better working world

präsentiert:

NACHT DER MUSEEN

Sa. 19–2 Uhr
5. Mai 2018
40 Museen in Frankfurt & Offenbach
nacht-der-museen.de

LUFTHANSA GROUP

hr INFO

STRÖER

Frankfurter Allgemeine

MUSEUMSSTADT FRANKFURT

handlungen“ nach den Landtagswahlen am 28. Oktober, meinte der stellvertretende Parteichef Jürgen Lenders, unter dessen Regie der 111 Seiten umfassende Leit-antrag erstellt wurde.

Die FDP hat die Fünfprozenthürde bei den Landtagswahlen im Jahr 2013 knapp überwunden und ist gegenwärtig

mit sechs Abgeordneten im Wiesbadener Parlament vertreten. Eine Umfrage, mit der diese Zeitung und der Sender FFH im März die Forschungsgruppe Wahlen beauftragt hatten, ergab für die FDP sieben Prozent.

René Rock, Fraktionschef im Landtag und Spitzenkandidat, vermied es, sich in seiner Rede zu den Machtperspektiven der Liberalen zu äußern. Stattdessen setzte er sich vor allem mit der grünen Galionsfigur in der Landesregierung, Tarek Al-Wazir, auseinander. „Wir haben eigentlich keinen Wirtschaftsminister“, sagte Rock. Der Flughafen und die Autobahnen im Land würden vernachlässigt. Lieber kümmere Al-Wazir sich um den Bau von Windrädern. „Die mag ich aber überhaupt nicht“, so Rock. Als sein Ideal beschrieb der Fünfzigjährige eine „solidarische Gesellschaft“. Aber wenn die Solidarität überstrapaziert werde, empfänden die Bürger das als ungerecht. „Sie wollen nicht grundversorgt werden. Sie wollen etwas aus ihrem Leben machen.“ Rock forderte eine bessere Betreuung in den Kindergärten. „Man darf nicht schon am Anfang abgehängt werden, nur weil man im falschen Stadtteil geboren wurde.“ Nötig seien 7000 zusätzliche Erzieher in Hessen.

Das zweite große Wahlkampfthema der Liberalen ist die Digitalisierung. Die Landesregierung stelle „ein bisschen Geld“ für schnelles Internet zur Verfügung. Aber Union und Grüne hätten keine Strategie. „Sie stehen sich gegenseitig im Weg“, meinte Rock. „Darum müssen sie weg.“

LEUTE DER WOCHE

PETER FELDMANN,

Freibierspender, hat durchgesetzt, dass die Frankfurter Kindergärten von August an nichts mehr kosten, sogar für einen Ganztagsplatz zahlen Eltern nichts. Damit hält der Oberbürgermeister ein Wahlversprechen. Außerdem hat er zusammen mit Bildungsdezernentin und SPD-Kollegin Sylvia Weber den schwarz-grünen Koalitionspartnern nachgewiesen, dass der Schritt die Stadt kein zusätzliches Geld kosten wird, weil das Land hohe Beträge erstatet.



UWE BECKER,

Zeichensetzer, hofft auf die Unterstützung aus der Frankfurter Bevölkerung. Er hatte vorerst nur Männer, später auch Frauen, dazu aufgerufen, am 14. Mai eine Kippa zu tragen und somit ein Zeichen der Solidarität zu setzen. Die Idee ist nicht neu. In Städten wie Berlin und Köln stellten sich die Menschen schon am Mittwoch mit einem Kippa-Tag gegen den Antisemitismus. Becker ist also nicht unbedingt ein innovativer Vordenker, wohl aber ein mutiger Nachahmer.



THORSTEN SCHÄFER-GÜMBEL,

Zocker, setzt bei der Landtagswahl in Hessen ganz auf Sieg. Nach 19 Jahren in der Opposition müsse es im Oktober einfach gelingen, rief der Landesvorsitzende beim SPD-Bundesparteitag in die Runde.

„Wenn wir es diesmal nicht schaffen, wüsste ich nicht, wann wir es schaffen.“ Hört sich so an, als würde sich die Hessen-SPD im Falle eines abermaligen Scheiterns selbst auflösen.

Klar ist jedenfalls, dass es für Schäfer-Gümbel der letzte Anlauf auf das Amt des Ministerpräsidenten sein wird.



PETER BEUTH,

Bauchmensch, hat um Verständnis für die Haltung der Stadt Wetzlar gebeten, Ende März der NPD den Zutritt zur Stadthalle zu verweigern, obwohl das Bundesverfassungsgericht das angeordnet hatte. Nur hilft Sympathie für die Missachtung des höchsten Gerichts in der Auseinandersetzung mit den Verfassungsfeinden nicht weiter, im Gegenteil, es stärkt diese nur. Der



hessische Innenminister hätte die Kommune rügen müssen, und sei es mit der Faust in der Tasche.

TOBIAS KALTENBACH,

Geheimdienstler, hat den Aufsichtsrat der Kliniken Frankfurt-Main-Taunus bis zu seinem Ausscheiden am Jahresanfang über die finanzielle Schiefelage der Krankenhäuser in Bad Soden und Hofheim im Unklaren gelassen. Seinem Nachfolger in der Geschäftsführung, Martin Menger, hinterlässt Kaltenbach aber nicht nur ein Millionendefizit. Der neue Geschäftsführer muss obendrein versuchen, die zuletzt in rasantem Tempo gestiegenen Personalkosten mitarbeiterverträglich auf ein normales Niveau zu reduzieren.



Texte tro., mal., ler., hs., lat. Fotos Eilmes (2), Röth, Eilmes, Fricke

DIE F.A.Z. LÄDT EIN

Friedrichshof

Das Haus Hessen hat im Rhein-Main-Gebiet einiges an Gartenschätzen zu bieten. Dazu gehört der Park von Schloss Friedrichshof in Kronberg im Taunus, den die deutsche Kaiserin Viktoria 1889 anlegen ließ. Viktoria, eine gebürtige englische Prinzessin und wie viele Engländer eine Gartenbegeisterte, hatte als Witwe einen Ort gesucht, zum „Pflanzen und Arrangieren“. Um die Schönheit des Parks kennenzulernen, lädt diese Zeitung für nächsten Sonntag, 6. Mai, zu Spaziergängen ein. Es führt Baumschulmeister Peter Kaus, Chefgärtner der Liegenschaften des Hauses Hessen im Rhein-Main-Gebiet. Eine Führung beginnt um 11 Uhr, eine zweite um 14 Uhr. Treffpunkt ist am Parkplatz am Marstall-Hof am Schloss, Hainstraße 25, in Kronberg. Wer teilnehmen möchte, wird gebeten, sich unter der Rufnummer 0 69/75 91 20 50 anzumelden. *mch.*

FRISCHE + QUALITÄT
AUS DEM FACHGESCHÄFT IN IHRER NÄHE!

Ich bin von
HIER!
Blumen und Pflanzen
von Gärtnern aus
der Region

www.ichbinvonhier.de

EUROPAISCHE UNION
Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung

HESSEN
Landesregierung